



**UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN**

Universitätsbibliothek Paderborn

Hausmitteilung

Universität Paderborn

Paderborn, 1.1984 - 3.1986 = Nr. 1-20

Jahrestagung der Baudezernenten

urn:nbn:de:hbz:466:1-8630

pagogik, hätten ein Überangebot nicht vermittelbarer Anwärter, die häufig von den Universitäten kämen.

"Flexibilität in der Ausbildung "

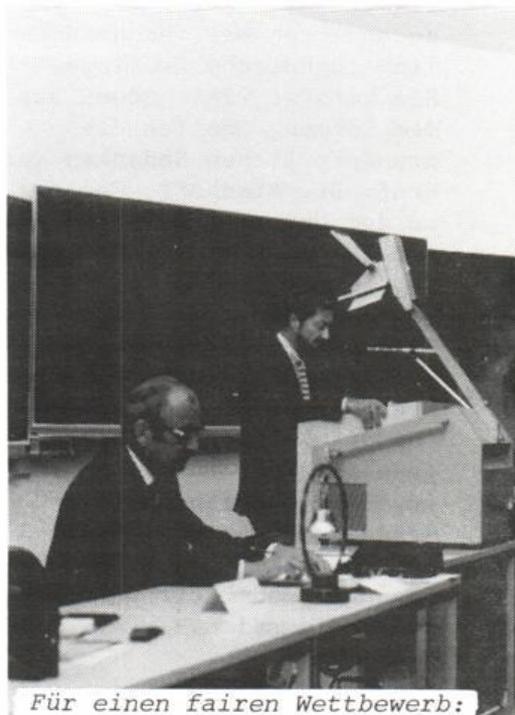
Ruland hält einen Abbau der Arbeitslosigkeit nur für möglich, wenn ein Wirtschaftswachstum von real 3 bis 4 % erreicht wird. Die künftigen Arbeitnehmer müßten sich, da sich diese Wachstumsrate wahrscheinlich nicht verwirklichen ließe, auf eine größere Flexibilität bei der Berufsausbildung einstellen. Zwar werde es bei den derzeit 432 Ausbildungsberufen in der Bundesrepublik bleiben, "die Sozialpartner sind sich einig, daß man keine neuen Berufe braucht, sondern die vorhandenen modifiziert" (Ruland), jedoch werde die Frage nach der Fortbildung eine immer größere Rolle spielen." Die Lebensarbeitszeit ist länger als die Arbeitszeit in einem bestimmten Beruf", meinte Ruland. Der betriebliche Ausbildung werde immer größere Bedeutung zukommen, der Anteil der Berufsschulen am

berufsvorbereitenden und -begleitenden Unterricht verstärkte sich. Die Spielräume der Weiterbildungsmöglichkeiten, die bislang vom Staat angeboten würden, seien "miserabel".

"Verkürzung der Arbeitszeit"

DGB-Vertreter Liebner sieht in einer breiten beruflichen Grundausbildung Chancen für den Arbeitnehmer der nächsten Jahrzehnte. Angesichts der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit sei eine Verkürzung der Arbeitszeit unumgänglich, um den qualifizierten jungen Menschen überhaupt den Einstieg ins Berufsleben zu ermöglichen. Liebner warnte vor der Euphorie, auf dem "Rationalisierungsschlachtfeld Büro" würden eine große Anzahl von Arbeitsplätzen geschaffen. Der Prototyp des neuen Heimarbeiters, der an seinem Home-Computer als z.B. Sachbearbeiter einer Versicherungsfirma seine Fälle von A bis Z erledigt, laufe Gefahr, zu vereinzeln. "Nicht alle Lebensbeziehungen lassen sich algorithmieren", wertete Liebner.

Uni-Verwaltungen, an den Zweck ihres Zusammenkommens: Erfahrungen auszutauschen, über Fortbildungen der technischen Mitarbeiter nachzudenken und sich über den aktuellen Stand der Neuen Technologien zu informieren.



Für einen fairen Wettbewerb:
Kanzler Hintze (rechts),
vorne H.-J. Recknagel.

Regierungsbaudirektor Lutz Petersen hatte die zweitätige Jahrestagung an der Paderborner Hochschule mit seinen Mitarbeitern umsichtig organisiert. Der ATA-Vorstand bedankte sich beim Kanzler der Uni-GH, Ulrich Hintze, der mit seiner Zusage das Treffen erst ermöglicht habe. Hintze war es auch, der den Versammelten einen kurzen Abriß zur Entstehungsgeschichte der Gesamthochschule und vor allem zum bildungspolitischen Konzept unter besonderer Berücksichtigung der integrierten Studiengänge gab. In Anspielung auf die seit der Mitte der 70er Jahre vergleichsweise spärlich fließenden Landesmittel, unterstrich der Kanzler: "Den Gesamthochschulen muß

Jahrestagung der Uni - Baudezernenten

„Zukunft mit Optimismus angehen“

Paderborn (ghp). Den 15. Geburtstag seiner Organisation läutete H.-J. Recknagel, 1. Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der technischen Abteilungen an der Wissen-

schaftlichen Hochschule (ATA), am 30. Mai im Hörsaal C 2 ein. Zur Begrüßung der ATA-Jahrestagung erinnerte Recknagel seine Kollegen, zumeist Bau-Dezernenten der

die Chance gegeben werden, in einen fairen Wettbewerb mit den anderen wissenschaftlichen Hochschulen zu treten."

Die rund 60 angereisten ATA-Vertreter, unter ihnen sechs Schweizer Kollegen und einer aus Österreich, thematisierten, wie nicht anders zu erwarten war, hauptsächlich technische Probleme. Ein Referat fiel jedoch aus dem Rahmen, nämlich die grundsätzlichen Gedanken von Prof. Dr. Bischoff, Geologe an der Universität zu Köln, zum Thema "Energie, Rohstoffe, Umwelt".

In erster Linie ging es Bischoff um die Konsequenzen, die aus der Umwelt- und Energiekrise, ein Synonym für die Krise der Wohlstandsgesellschaft, zu ziehen seien. Konsequenzen, die auf Grundlage auch philosophischer und moralischer Überlegungen und Überzeugungen notwendig seien.

"Lebensangst"

Bischoff wandte sich gegen den seiner Meinung nach sich bahnbrechenden Pessimismus in der Wohlstandsgesellschaft: das Wort 'Lebensangst' mache die Runde und setze sich in den Köpfen fest.

Diese Lebensangst resultiere aber nicht aus einer sachlichen Auseinandersetzung mit den Problemen unserer Zeit. Die seien bei näherer Betrachtung zu lösen. Sondern: Lebensangst sei bei denjenigen anzutreffen, die sich irrational mit der Zukunft auseinandersetzen.

"Kein Rohstoffmangel"

Bischoff gewichtete: nicht die Energiekrise oder die Umweltverschmutzung gefährdeten die Wohlstandsgesellschaft bzw. brächten diese aus dem Gleichgewicht, sondern unser Planet sei bedroht durch die katastrophalen Entwicklungen in der Dritten Welt. Bevölkerungsexplosion, Mangel an Düngemittel und zu teure Energie nannte der Geologe als Stichworte.

Bischoff "wagte", wie er selber vorsichtig hinzufügte, die Thesen 1. "Die Welt krankt nicht am Rohstoffmangel". 2. "Wir haben keine Rohstoffprobleme, sondern Energieprobleme" und lieferte die Begründungen. Er bezweifelte die Angaben des Club of Rome hinsichtlich der Erschöpfung vieler Bodenschätze um das Jahr 2000 herum. Mittlerweile, die Club-Zahlen stammen aus den 70er Jahren, seien, so der Geologe, z.B. das 2- bis 26-fache an Blei-, Zink- und Platinvorräten entdeckt worden. Uran liege sogar "für 50 Jahre auf Halde". Worauf es jetzt ankomme, sei die sinnvolle Nutzung der Energiequellen.

"Energie von draußen"

Welche Energiequellen stehen uns zur Verfügung, fragte Bischoff, die unabhängig von der Energiequelle Sonne nutzbar gemacht werden könnten. Die Antwort laute: außer der Kernenergie gebe es überhaupt keine der Erde eigenen Energie. Die gesamten fossilen Energieträger, Kohle, Öl usw. seien nichts

anderes als gespeicherte Sonnenenergie, Wind und Wasserkraft stünden ebenfalls im direkten Zusammenhang zur Sonne. Die Erde bezieht also laut Bischoff "ihre Energie von draußen", Ausnahme: das Uran, die Kernenergie.

So betrachtet sei unser Planet kein in sich abgeschlossenes System, auf das etwa der 2. Thermodynamische Satz anwendbar sei. Der besagt nämlich, daß die Energie eines abgeschlossenen Systems konstant ist, jedoch der Entwertung zustrebe. Verkürzt gesagt: solange die Sonne scheint, solange die Erde Empfängerin von Überschussenergie ist, sind jene apokalyptischen Visionen und Stimmungen vom 'Ausgehen der Lichter' fehl am Platze. Bischoff weiter: die Entwicklung der Menschheit habe jedoch gezeigt, daß der Wohlstand direkt abhängig von der verfügbaren Energie.

Mehr Energie produzieren

Wer mehr Wohlstand für alle Menschen wolle, müsse mehr Energie produzieren. Den Ausweg Kernenergie, den er aus der Sicht des Naturwissenschaftlers anbot ("Ich will hier sachlich informieren, nicht politisch bewerten"), berge Möglichkeiten und gleichsam Gefahren in sich. Einerseits sei die Kernenergie umweltfreundlich und billig, auch für die Dritte Welt, auf der anderen Seite müsse die End-Lagerung abgebrannter Uranstäbe gesichert sein. Bischoff warnd: "Je konzentrierter die Energiegewinnung, desto umweltfreundlicher, aber auch desto gefährlicher." Die Bereitschaft der Industriegesellschaften, zu "Leistung,

Kreativität und Risiko", komme letztlich der gesamten Menschheit zugute, resümierte Bischoff und ermutigte seine Zuhörer, indem er den Nobel-Preisträger für

Physik, Max Born, zitierte: "Ihr wollt weiterleben, ihr wollt euer Dasein verbessern. Laßt das Hadern, laßt das Zaudern, laßt die Gewalt."

Umfrage an Uni - GH ergab:

Nichtwissenschaftliche Mitarbeiter mehrheitlich für gleitende Arbeitszeit

Paderborn (ghp). Die Fachgruppe Uni-GH-Paderborn des Verbandes der Landesbeamten, -angestellten und -arbeiter NRW im Deutschen Beamtenbund (VdLA DBB) hatte es als "brisantes Thema" eingestuft: Die 8. Verordnung zur Änderung der Arbeitszeitverordnung. Es ging um die Einführung der gleitenden Arbeitszeit, die die oberste Dienstbehörde, so wurde es diskutiert, einführen kann. Wurde diskutiert. Im März. Mittlerweile hat der NRW-Innenminister die Einführung der gleitenden Arbeitszeit definitiv nicht in die Verordnung übernommen. Das Thema dürfte deshalb für zwei Jahre auf Eis gelegt sein, diskussionswürdig bleibt es trotzdem.

Ein erfragtes Meinungsbild der Uni-Bediensteten zur gleitenden Arbeitszeit liegt mittlerweile vor. Die VdLA-Fachgruppe hatte im März einen entsprechenden Fragebogen verschickt. Von rund 450 angesprochenen Mitarbeitern antworteten 197 (In der Verwaltung und in der Bibliothek betrug die Rücklaufquote 50 %). Den Plänen zur Einführung der gleitenden Arbeitszeit wird hier zwar mehrheitlich zugestimmt (119 Pro-Stimmen

bei 77 Ablehnungen), die Meinungsäußerungen und damit wohl auch die Entscheidungen gehen in den einzelnen Gruppen auseinander.

So sprechen sich die Mitarbeiter an den Fachbereichen in der Mehrzahl gegen die Regelung aus (38 bei 24 Zustimmungen), ebenso verworfen wird der Gedanke an eine Änderung beim technischen Betriebsdienst. Nur ein Mitarbeiter gibt den Plänen seine Zustimmung, 15 sind dagegen.

Anders die Stimmungslage in der Bibliothek und der Verwaltung. Bei einer Ausnahme geschlossene Zustimmung in der Bibliothek (41), in der Verwaltung entschieden sich 51 für, 14 gegen die gleitende Arbeitszeit.

Die Neuregelung stellte eine Kernarbeitszeit von 9 bis 11.30 Uhr und 14 bis 15.40 Uhr zur Diskussion. Zwei von drei Fragebogen-Beantworter gaben dazu ihr Placet. Allerdings äußerten sich zu dieser Frage nur noch 147 Mitarbeiter. Verallgemeinerungen aus dem Erfragten sind deshalb unzulässig. Ohnehin ging es den Erhebenden wahrscheinlich nur darum, ein vorläufiges, spontanes Meinungsbild zu erstellen, aus dem Tendenzen abgeleitet werden können.

Für viele vielleicht verwunderlich, aber auch dies offenbart der ausgefüllte Fragebogen: gegen die "Installation eines Zeiterfassungssystems", sprich Stechuhr, haben 111 Mitarbeiter nichts einzuwenden. Wenn Stempeluhren eingeführt werden, argumentieren einige Gegner des Erfassungssystems, dann müßten auch alle ihre Stempelkarte abdrücken. Daß sich mithin höher gestellte Personen und Vorgesetzte ihre Arbeit kontrollieren lassen, wird von diesen Mitarbeitern angezweifelt: wahrscheinlich gelten dann wieder für eine bestimmte Personengruppe die berühmten Ausnahmen.

Der Tenor der Argumente für die gleitende Arbeitszeit wird trefflich wohl so zusammengefaßt: die Neuregelung ist dringend erforderlich zur Entspannung der morgendlichen Verkehrslage, Behördengänge und Arztbesuche können teils unbürokratisch erledigt werden, "bei kurzfristig erhöhtem Arbeitsanfall kann der Mitarbeiter seine Arbeitszeit entsprechend anpassen", so die Auszüge einiger Kommentare, die die VdLA-Verantwortlichen veröffentlicht haben.

Personalversammlung

'hausmitteilung' kritisiert

Paderborn (ghp). Der Personalrat der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter hatte zur alljährlichen Personalversammlung eingeladen. Am 31. Mai trafen sich rund 300 Mitarbeiter in der Aula des Westfalen-Kollegs. Auf der Tagesordnung standen der Tätigkeitsbericht des Personalrats aus dem vergangenen